

Leipzig. Die Zeitung erscheint mit Ausnahme des Montags täglich und wird Nachmittags 4 Uhr aus gegeben.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes, sowie durch die Expedition in Leipzig (Querstraße Nr. 8).

Preis für das Vierteljahr 1 1/2 Thlr.; jede einzelne Nummer 2 Ngr.

Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!

Insertionsgebühren für den Raum einer Zeile 2 Ngr.

Friedrich v. Sager.

(Vgl. den ersten Artikel in Nr. 113.)

— Leipzig, 24. Mai. Wir theilten unlängst die Grundzüge einer Denkschrift Friedrich v. Sagers aus dem Jahre 1823 über den damaligen politischen Zustand Deutschlands mit. Wir fügten dem heute einige Auszüge aus einer zweiten Denkschrift desselben aus der gleichen Zeit bei, worin die Nothwendigkeit einer stärkeren politischen Einheit Deutschlands, die Uebelstände des Mangels einer solchen und die Mittel und Wege, wie dahin zu gelangen, auseinandergesetzt werden. Man wird mit Interesse diese Auseinandersetzungen lesen, welche bereits so viele Seiten anschlagen, die in unsern Tagen lauter und stärker erklingen sind, man wird leicht herausfinden, was in der allgemeinen Sachlage sich seitdem geändert, welche der hier entwickelten Ansichten das inzwischen abgelaufene Menschenalter noch mehr bestätigt, welche dagegen eine längere Erfahrung modificirt haben, und eine Vergleichung jener Vorschläge des jugendlichen Friedrich v. Sager vor mehr denn 30 Jahren mit den praktischen Bestrebungen nach demselben Ziele hin, die wir, unter der Führung seines Bruders, in neuester Zeit die ganze Nation in Bewegung setzen sahen, wird bedeutungsvolle Einblicke gewähren, wie in die Schwierigkeit der Ausführung so in die innere Nothwendigkeit und Unabweisbarkeit desjenigen Mittels der Einigung, welches hier vorgeschlagen und seitdem wiederholt, in Wort und That, erwohnen und versucht worden ist. Friedrich v. Sager beginnt mit einer Darlegung des Grundes und der Berechtigung des nationalen Gedankens. „Das Streben nach politischer Einheit“, sagt er, „geht sehr natürlich aus den letzten Erfahrungen und aus der Vergleichung unserer Lage mit der Lage der nachbarlichen Nationen hervor. Aber es bedroht die Existenz der Fürsten; und sie haben es unter die Rubrik des Jakobinismus gebracht, weil sie die Sache nicht zur Sprache bringen wollten. Hätten die Fürsten diesen Wunsch, der in allen Herzen ist, zur Verabredung kommen lassen, hätten sie Zeit gegeben, ihn von demokratischem Unfug zu unterscheiden, schnell würde sich eine Partei gebildet haben, welcher die jetzige Ordnung der Dinge nicht widerstanden hätte. Und wie kann der jetzige Zustand dauernd sein, da er die Meinung der Rechtsmäßigkeit nicht für sich hat, da keine schöne Erinnerung, kein patriotisches Gefühl für ihn spricht, da er in dem Interesse der Nation keine Stütze findet und selbst durch äußern Glanz nicht zu täuschen vermag? Ein Zustand, der nicht bloß das Wohl, sondern die Existenz der Nation gefährdet, wie kann er bestehen, wenn Das, was helfen kann, so nahe liegt? Wir können fast keine politische Seite berühren, ohne daß sich der Gedanke aufdringt, es würde bei uns besser sein, wenn Deutschland ein Staat wäre. Wenn wir die auswärtigen Verhältnisse betrachten, so kann Niemand leugnen, daß wir als Nation gar nicht zählen, denn im Gebiet der Politik ist Achtung und Einfluß immer nur im Gefolge der Kraft. Im Innern stehen wir in allen Einrichtungen zurück, welche Uebereinstimmung und Zusammenwirken erheischen. Wenn man für Deutschland gleiche Gesetzgebung, gleiche Grundsätze und Verwaltung, gleiches Abgabensystem fordert, so hat dies seinen Grund nicht in eitlem Sucht nach theoretischer Einformigkeit und Centralisirung, sondern in den wichtigsten Interessen des bürgerlichen Lebens, welche dabei betheilt sind. Die kräftigste Widerlegung jenes Einwurfs liegt in der Vergleichung mit Frankreich. Auch dort herrschte sonst große Verschiedenheit in den einzelnen Provinzen; aber wem fällt es ein, den alten Zustand in dieser Beziehung zurückzuwünschen? Bei uns vereiteln Provinzialinteressen, oft auch bloß Neid und Eifersucht, jedes gemeinnützige Unternehmen. Sollen Festungen erbaut werden, so verhindert die Furcht vor dem Nachbar, oder auch wol die Absicht, diesem die Kriegskosten aufzuwälzen, die Ausführung Dessen, was dem Ganzen frommt. Sollen Straßen angelegt, Flüsse schiffbar gemacht werden, so entscheidet nicht der natürliche Gang des Handels, sondern man sucht durch mancherlei Zwang und Hindernisse dem Nachbar die Vortheile desselben zu entreißen und sich zuzuwenden.“

Er widerlegt sodann die Einwürfe, die man gegen das Streben nach Einheit und zu Gunsten des Particularismus, der Vielstaaterei, geltend mache. Wir folgen ihm auf diesem Feld der Betrachtung nicht, da dieses Thema genugsam durchgesprochen ist und Gründe und Gegengründe im Allgemeinen damals keine andern waren, als sie es heute noch sind. Nur Das glauben wir zum Lobe der Unabhängigkeit des noch ziemlich jugendlichen Verfassers dieser Denkschrift erwähnen zu müssen, daß sowohl Fichte, dessen gewaltigen „Reden an die deutsche Nation“ der zum Jüngling reisende Friedrich v. Sager gelauscht; als auch Fries, zu dessen Füßen der aus dem Befreiungskriege Heimgekehrte einen Sommer hindurch in Heidelberg als eifriger Hörer gesessen hatte, ein großes Gewicht auf das Bestehen der Einzelstaaten in Deutschland hauptsächlich aus dem Gesichtspunkte der Mannichfaltigkeit geistiger Cultur legten, wogegen aber Friedrich v. Sager

geltend machte: nicht von den Höfen, von den Universitäten sei in Deutschland die wahre Bildung ausgegangen, und diese seien von jeder Nationalinstitute gewesen.

Dann zu den Möglichkeiten einer Einigung Deutschlands sich wendend, weist Friedrich v. Sager mit Entschiedenheit den Gedanken einer Hegemonie Oesterreichs über Deutschland ab, aus ähnlichen Gründen wie die, mit welchen denselben neuerdings sein Bruder Heinrich bekämpfte, wobei wir erwähnen müssen, daß letztern jene Denkschrift des ältern Bruders bis zum Tode des Vaters, der sie für sich still aufbewahrt hatte, unbekannt geblieben war.

Dann, zu Preußen übergehend, sagt die Denkschrift von diesem: „Von der Weichsel bis zum Rhein und der Raas besitzt es 10 Millionen Deutsche; eine ständische Verfassung ist auf dem Punkte sich zu bilden, und Preußen darf nur eine kluge und kühne Politik befolgen, so wird es von ihm abhängen, Deutschland in ein Reich zu vereinigen. Dazu wird nur erfordert, daß es den preussischen Namen in dem deutschen untergehen lasse, daß es die Kammern der verschiedenen deutschen Staaten zusammenberufe, aus den Mediatisterten in ganz Deutschland eine Palastkammer bilde und allen Offizieren der kleinern deutschen Heere ihren Rang zusichere. Wer an dem Erfolge zweifelt, bedenke, daß die Sachsen ihre Spaltung schwer ertragen, daß die Hannoveraner über die unverhältnismäßige Bevorzugung des Adels unzufrieden sind, daß die Regenten der meisten übrigen Staaten gehaßt oder geringgeschätzt werden, und daß die ganze Nation einsehen gelernt hat, daß diese Vereinigung der einzige Schutz gegen das drohende Hereinbrechen fremder Mächte und gegen die Last unerschwinglicher Abgaben ist. Ich will die Mittel näher betrachten, welche Preußen zugebote stehen. Oesterreich hat seine Popularität in Deutschland verloren; nichts ist jetzt da populär als Mißbehagen und Unzufriedenheit; Hoffnungen, Wünsche, Zuneigungen schweben in der Luft, eine res nullius, die auf Den wartet, der sie sich zueignen will. Und Preußen kann und muß sie sich zueignen, weil Ehrgeiz die Bedingung seiner Existenz ist; und sollte auch, um Großes auszuführen; der jetzige Augenblick nicht günstig erscheinen, jeder ist günstig genug, um Großes vorzubereiten. Wie schwach und klein erscheint jetzt Preußen in allen Staatshandlungen, in allen öffentlichen Aeußerungen! Das wird anders werden, sobald es den geistigen Keimen, welche dort schlummern, ein Feld der Entwicklung gönnt und die wärmende Sonne des Tages. Sobald Preußen Reichthümer hat, werden diese wie ein Magnet die übrigen deutschen Kammern anziehen. Ich behaupte, daß die Opposition bei uns den Grundsatze der Einheit des deutschen Staatskörpers auffassen und dem Isolirungssystem entgegenstellen muß. Die Regierungen streben offenbar nach Vereinzelung, aus Eitelkeit oder weil sie ihre Unabhängigkeit so mehr gesichert glauben, oder weil ein streng föderalistisches System mehr Schwierigkeiten darbietet. Dem muß die Opposition widerstreben. Fast alle politischen Fragen sind damit verwandt oder lassen sich damit in Beziehung setzen. Kein Gegenstand ist populärer, reichhaltiger, größer. Es ist eine starke und zugleich sehr künstliche Waffe, länger, kürzer, spitz, zweischneidig, nach dem Willen Dessen, der sie führt. Dieser Grundsatz der Einheit ist ein wahrer Proteus; er kann sich nach Umständen so klein machen, daß er sich unter dem Tische des Bundestags verkrüppeln, oder so groß und stark, daß er diesen Tisch umwerfen kann. Er kann so leise reden, daß man ihn kaum beschuldigen kann geredet zu haben, oder so laut, daß sein zehnfaches Echo in allen deutschen Kammern und in allen deutschen Bergen widerhallt. Sollte diese Partei auch anfangs — bei der Limitität der Mehrzahl, welche leider nicht geeignet werden kann, nur schwach sein, so wird sie sich doch in den Kammern selbst alsobald verstärken, sobald sie in den auswärtigen Verhältnissen eine Stütze findet. Diese Partei muß in allen deutschen Kammern Sitz fassen und überall nach Verabredung und in der größten Uebereinstimmung handeln. So kann sie auf die öffentliche Meinung wirken; so kann sie endlich — auf Preußens Ruf — zusammentreten, und ein deutsches Parlament steht da.“

Friedrich v. Sager betrachtet hierauf noch einige andere Factoren des deutschen Staatslebens nach ihrer größern oder geringern Brauchbarkeit als Bundesgenossen des nationalen Gedankens. Zunächst den Adel. „Es liegt“, sagt er, „in der Natur der Verhältnisse, daß Niemand die Herstellung des deutschen Reichs eifriger wünscht als er. Erinnerungen, Hoffnungen, Interessen und die edlern Gefinnungen — Alles vereinigt sich dazu bei ihm. Die ehemaligen reichständischen und unmittelbaren Familien werden es nie vergessen, daß sie einst Glieder eines großen Reichs waren. Diese Standesherrn haben zwar aufgehört kleine Regenten zu sein, sie sind aber immer noch zu mächtig geblieben; um als bloße Staatsbürger in die kleinen Staaten zu passen, die ihrem Ehrgeiz keine Aussicht und den nachgeborenen Söhnen dieser Familien keine Versorgung darbieten. Wenn diese freiwillig oder durch Umstände gezwungen alle Rechte werden aufgegeben